

Kriemann | Der Kosovokrieg 1999

Kriege der Moderne

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Hans-Peter Kriemann

Der Kosovokrieg 1999

Reclam

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr,
Fachbereich Publikationen (0869-01)

2019 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Umschlagabbildung: Oliver Eckstein – Zwei ECR-Tornados über Piacenza
im Frühjahr 1999: Rückkehr von einem Einsatzflug der Operation Allied Force
Druck und Bindung: Firmengruppe APPL, aprinta druck GmbH,

Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Printed in Germany 2019

RECLAM ist eine eingetragene Marke der
Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart
ISBN 978-3-15-011212-0

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

- 1 Jetzt ist Krieg 7
- 2 Jugoslawien als Bewährungsprobe für internationalen Frieden und Sicherheit 15
 - Der Zerfall Jugoslawiens 15
 - Politische Lösungsversuche 24
- 3 Militärische Planungen und Kriegsbild 37
 - Die operativen Planungen der NATO 37
 - Der Konflikt spitzt sich zu 50
- 4 Hineingerutscht? – Der Krieg beginnt 59
 - Ein kurzer Krieg 59
 - Der Krieg weitet sich aus 66
- 5 Der Weg aus dem Krieg 77
 - Die Wiederbelebung der Politik 77
 - Milošević lenkt ein 91
- 6 Die Logik moderner Kriege – An der Schwelle zum Bodenkrieg 107
- 7 Einsatzerfahrungen: Entscheidend ist das Gefühl, das Richtige zu tun 119
- 8 Fazit: Der Kosovokrieg – Wegmarke humanitärer Interventionen? 139

Anhang

- Zeittafel 153
- Literaturhinweise 156
- Abbildungsverzeichnis 158
- Personenregister 159

↗ **Turbulente Szene auf der Bundesversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen am 13. Mai 1999: Außenminister Joschka Fischer wird von einem Farbbeutel am Ohr getroffen.**



1 Jetzt ist Krieg

Am 13. Mai 1999 braute sich in der Bielefelder Seidensticker Halle ein innerparteiliches Gewitter zusammen, wie es die maßgeblich aus der Friedensbewegung hervorgegangene Partei Bündnis 90 / Die Grünen noch nicht erlebt hatte. Die Stimmung war aufgeladen. Im Eingangsbereich der Halle spielten sich turbulente Szenen ab. Polizisten mussten den Weg zum Tagungsort freiräumen, den Demonstranten blockiert hatten. Außenminister Joschka Fischer betrat die Halle durch einen Hintereingang. Er wurde von Sprechchören und Trillerpfeifen empfangen; Transparente hingen von den Geländern der Tribüne herab.

Gegen 10 Uhr begann mit einstündiger Verspätung die Bundesdelegiertenkonferenz, bei der es um die Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Einsatz im Kosovokrieg ging. Während sich Fischer auf dem Podium sitzend auf seine Rede vorbereitete, traf ihn um 10.40 Uhr ein mit roter Farbe gefüllter Beutel am rechten Ohr. Sein Ohr war danach fast taub, doch er blieb auf der Bühne und trat um 12.05 Uhr entschlossen

ans Rednerpult. Sprechchöre beschimpften ihn als »Mörder, Kriegs-
hetzer, Verbrecher. »Bodenkrieg in Bielefeld« titelte die *taz* hinterher.
Fischer hielt die wohl wichtigste Rede seines Lebens:

Jetzt ist Krieg, ja. Und ich hätte mir nie träumen lassen, dass Rot-Grün mit im Krieg ist. Aber dieser Krieg geht nicht erst seit 51 Tagen, sondern seit 1992 [...]. Er hat mittlerweile Hunderttausenden das Leben gekostet, und das ist der Punkt, wo Bündnis 90 / Die Grünen nicht mehr Protestpartei sind. [...] ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus! Beides gehört für mich zusammen. [...] Ich halte zum jetzigen Zeitpunkt eine einseitige Einstellung, eine unbefristete Einstellung der Bombenangriffe für das grundfalsche Signal. Milošević würde dann nur gestärkt und nicht geschwächt. Ich werde das nicht umsetzen, wenn ihr das beschließt – damit das klar ist.

Mit diesen Worten beschwore Fischer die Delegierten, ihm Rückhalt für eine rot-grüne Außenpolitik zu geben, welche die seit dem 24. März 1999 andauernden Luftschläge der NATO zur Beendigung des Kosovo-Konflikts auch durch die Entsendung deutscher Kampfflugzeuge mittrug. Damit verantwortete der erste grüne Außenminister eine Politik, die er selbst nur sechs Jahre zuvor als Machtpolitik und Zeichen neuerlicher Militarisierung verurteilt hatte. Sowohl 1993 als auch 1999 hatte Fischer mit dem Verweis auf Auschwitz Lehren aus der deutschen Geschichte für die Gegenwart abgeleitet und damit seine Haltung begründet.

Wie die anschließende Abstimmung auf dem Parteitag zeigte, gelang es ihm mit seinem leidenschaftlichen Auftritt, die Mehrheit der Delegierten für den Antrag des Bundesvorstandes zu gewinnen. Dieser plädierte für einen befristeten Bombardierungsstop, um Zeit für die politische Konfliktlösung zu gewinnen. Im Gegensatz dazu hatte die Parteilinke eine unbefristete, sofortige Einstellung der NATO-Luftschläge gefordert. Die Debatte war deshalb so heikel, weil es in ihr um nichts Geringeres als den Fortbestand der rot-grünen Regierungskoalition ging, denn für die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joschka Fischer war die

deutsche Unterstützung des Luftkriegs unstrittig. Ein Abstimmungserfolg der Parteilinken hätte daher nach kaum sieben Monaten zum Ende der Koalition geführt.

Sowohl die Ereignisse des Parteitags als auch Fischers Überzeugung, dass die Beendigung einer humanitären Katastrophe und der Schutz der Menschenrechte den Einsatz militärischer Gewalt selbst ohne UN-Mandat notwendig machen können, sind symptomatisch für die innenpolitische Debatte über die zukünftige Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Kosovokonflikt ist ein Beispiel dafür, dass die internationale Staatengemeinschaft häufig gezwungen ist, auf massenhafte Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen eines souveränen Staates an seiner eigenen Bevölkerung zu reagieren.



Ununterbrochen strömten im Frühjahr 1999 Flüchtlinge aus dem Kosovo über die Grenzen nach Albanien und Mazedonien. Der Kosovokonflikt führte zu massenhaften Vertreibungen ethnischer Albaner.

Mit der Epochewende der Jahre 1989 bis 1991 hatte sich zwar die liberale Weltordnung nicht durchgesetzt – entgegen der These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama (*Das Ende der Geschichte*) –, doch hofften viele Zeitgenossen auf »ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit«. So zumindest hieß es in der »Charta von Paris für ein neues Europa« vom 21. November 1990, der Erklärung des KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, die das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas dokumentiert. Dies galt insbesondere für die Deutschen, deren geteiltes Land sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs genau an der Grenze zwischen den widerstreitenden Systemen befunden hatte. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Abgrenzung vom NS-Regime und seinen Verbrechen war dabei identitätsstiftend für die bundesdeutsche Gesellschaft. Von deutschem Boden sollte kein Krieg mehr ausgehen, lautete das Paradigma. Beflügelt durch die deutsche Wiedervereinigung erhoffte man sich eine sogenannte Friedensdividende. Demnach sollte der Staatshaushalt durch geringere Ausgaben für die Verteidigung entlastet werden. So mancher fragte sich, wozu es eigentlich noch Streitkräfte brauche, wenn Deutschland nur noch »von Freunden umzingelt ist« (Volker Rühe). Doch kaum waren acht Jahre vergangen, beteiligte sich die Bundesrepublik Deutschland mit Kampfflugzeugen an der NATO-Operation Allied Force, einem Luftkrieg des Bündnisses gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Dabei handelte es sich um den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und er fand statt, ohne dass ein UN-Mandat vorgelegen hätte.

Der Weg in diesen ersten Kampfeinsatz war verschlungen und äußerst umstritten. Er begann bei den massiven Veränderungen des internationalen Mächtesystems seit dem Ende des Kalten Krieges. Deutschland und andere Staaten standen vor einer grundlegend veränderten außen- und sicherheitspolitischen Lage, die durch Staatszerfall und Bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen geprägt war. Die Entwicklung in Jugoslawien war hierfür ein klassisches Beispiel. Die deutsche Bundesregierung sah sich daher zunehmend zur Beteiligung an multinationalen militärischen Missionen in international bewaffneten Konflikten gezwungen. Dies führte allerdings zu heftigen innenpolitischen Kontroversen. In den Augen der breiten Öffentlichkeit diente die Bundeswehr damals in erster Linie der Landes- und Bündnisverteidigung.

Nun ging es aber um die Frage, ob das Grundgesetz Auslandseinsätze außerhalb des NATO-Gebiets (*out-of-area*) überhaupt zulasse und welche Rolle der Bundestag dabei spielen sollte.

Der Zweite Golfkrieg einer internationalen Koalition gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein hatte die Bundesregierung zum Jahresbeginn 1991 damit konfrontiert, dass ihre Partner eine militärische Beteiligung Deutschlands wünschten. Damit begann eine intensive innenpolitische Debatte über die zukünftigen Aufgaben deutscher Streitkräfte. Die Bandbreite der Positionen reichte dabei von der Abschaffung der Bundeswehr über ihre Entsendung im Rahmen humanitärer Hilfe bis hin zur Auffassung, dass ihr bewaffneter Einsatz auch außerhalb der Bündnisverteidigung durch das Grundgesetz bereits gedeckt sei.

Angesichts dieser Uneinigkeit sah sich die Bundesregierung zunächst nicht oder nur eingeschränkt in der Lage, ihre Bündnispartner militärisch zu unterstützen. Da ihre »Scheckbuchdiplomatie«, also eine hauptsächlich finanzielle Hilfe, auf Kritik stieß, geriet sie zunehmend unter außenpolitischen Druck. Das betraf seit 1992 auch die internationalen Einsätze auf dem Balkan. Aufgrund des innenpolitischen Streits über den Einsatz der Bundeswehr beschränkte sich die Bundesrepublik im Frühjahr 1992 zunächst auf die Entsendung des Sanitätsdienstes nach Kambodscha und beteiligte sich an der internationalen Luftbrücke zur Versorgung der in Sarajevo eingeschlossenen Bevölkerung.

Eine logistische Unterstützung in Somalia (UNOSOM II) 1993/94 schien der Regierung zunächst ebenfalls gut vermittelbar. Doch gerade bei diesem Einsatz versuchten der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und Verteidigungsminister Volker Rühe den deutschen militärischen Beitrag schrittweise zu erhöhen – in ihren Augen eine Normalisierung der sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands. Für die SPD war das ein Versuch, die Verfassung mittels Regierungspraxis durch die Hintertür zu ändern. Also rief die SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 1993 das Bundesverfassungsgericht an. Wenige Wochen zuvor hatte sie bereits gemeinsam mit der FDP gegen die deutsche Beteiligung an den AWACS-Aufklärungsflügen über der Adria geklagt, denn der multinationale NATO-Besatzung der in Geilenkirchen bei Aachen stationierten Flugzeuge gehörten auch deutsche Soldaten an. Ihr Hauptargument war, dass die Bundesregierung das Mitwirkungsrecht des Bundestags verletzt habe, indem sie eigenmächtig über den Auslandseinsatz deut-



Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, v. l. n. r. Paul Kirchhof, Jutta Limbach, Hans Hugo Klein, Konrad Kruis und Berthold Sommer, entschied am 12. Juli 1994, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr verfassungsrechtlich zulässig seien. Jeder Einsatz der Bundeswehr benötigt allerdings die vorherige Zustimmung des Deutschen Bundestags.

scher Soldaten entschieden habe. Erst das Urteil vom 12. Juli 1994 schuf rechtliche Klarheit. Damit war der bewaffnete Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland möglich, bedurfte aber einer vorherigen konstitutionellen Zustimmung. Von einem fraktionsübergreifenden Einvernehmen im Deutschen Bundestag konnte jedoch immer noch keine Rede sein. In den folgenden Jahren lotete die schwarz-gelbe Koalition (CDU/CSU und FDP) die Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte vor allem über die Beteiligung an den internationalen Missionen zur Bewältigung der Kriege und Konflikte auf dem Balkan sukzessive aus. Sowohl die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Luftoperation Deliberate Force zur Beendigung des Bürgerkriegs in Bosnien-Herzegowina im Spätsommer 1995 als auch die Unterstützung der folgenden IFOR- und SFOR-Missionen (zunächst Implementation Force IFOR, seit Ende 1996 Stabilization Force SFOR) mit Landstreitkräften in Stärke von 2200



AWACS-Aufklärungsflugzeug E-3A. Ein Airborne Early Warning and Control System ist ein fliegendes Radarsystem, dessen Zweck die luftgestützte Luftraumaufklärung und -überwachung ist. Es dient zudem als Einsatzleitzentrale, um Verbände oder Einheiten dirigieren zu können.

Mann zeigten, in welchem Ausmaß sich der Auftrag der Bundeswehr zu wandeln begonnen hatte. Einsätze schienen nunmehr unter der Prämisse eines Mandats der Vereinten Nationen (UN) sowie der Vermeidung von Kampfeinsätzen, insbesondere von Landstreitkräften, möglich.

Die deutsche Beteiligung am Kosovokonflikt stellte jedoch genau diesen Konsens infrage, denn im Endeffekt nahmen deutsche Kampfflugzeuge an der Luftkriegsoperation Allied Force *ohne UN-Mandat* teil. Sogar die Mitwirkung deutscher Landstreitkräfte an einer Angriffsoperation auf das Kosovo wurde in politischen und militärischen Führungskreisen diskutiert. Das deutsche KFOR-Kontingent (Kosovo Force), das mit einer Mandatsobergrenze von bis zu 8500 Soldaten bis heute das größte in der Geschichte der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist, marschierte nach Kriegsende schließlich mit einem Stabilisierungsauftrag in das Kosovo ein. Somit stellt dieser Einsatz eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der Bundeswehr dar. Er markiert einen neuen